



Dr. Nina Scheer - Wochenspiegel vom 07. bis 25. März 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

anbei übersende ich Ihnen/Euch meinen WOCHENSPIEGEL für die Zeit vom 07. bis 25. März 2022.

Anregendes Lesen wünscht Ihre/Deine

Dr. Nina Scheer
Bundestagsabgeordnete

THEMEN

ENERGIE UND ENERGIESICHERHEIT

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine brachte eine weitere Verschärfung der Lage und unsägliches Leid über die Menschen in der Ukraine. In Reaktion hat Deutschland in Abstimmung mit seinen europäischen und internationalen Partnern Sanktionen gegen Russland verhängt. Der Krieg und die Sanktionen haben auch Auswirkungen auf die Energiesicherheit in Deutschland. Dabei wird aktuell verstärkt deutlich, wie dringend es ist, einseitige Importabhängigkeiten, insbesondere von fossilen Energien, zu überwinden.

Der beste Weg zur Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffimporten ist der massiv zu beschleunigende Umstieg auf Erneuerbare Energien. Hier gibt es viele Hemmnisse zu beseitigen. Die ersten Schritte dafür werden in einem Gesetzespaket mit einer umfangreichen Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes konkretisiert. Auch weitere gesetzliche Änderungen werden zügig auf den Weg gebracht und müssen nun im Zeichen von Energiesicherheit noch ausgeweitet werden. Es muss unter Hochdruck daran gearbeitet werden, unsere Abhängigkeit von fossilen Ressourcen durch einen beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien zu überwinden sowie auf dem Weg dahin die Energiemärkte stärker zu diversifizieren.

Um als Volkswirtschaft handlungsfähig zu bleiben, muss die Energieversorgung gewährleistet sein. Damit einher geht, bei allen Maßnahmen deren Wirksamkeit und Effekte gut abzuwägen. Dabei können alle ihren Beitrag leisten, dass die Energieverbräuche in einem vermeidbaren Umfang reduziert werden. Auch dies führt zu einer geringeren Abhängigkeit. In einem Pressestatement erwähnte ich als eine von vielen Maßnahmen etwa auch autofreie (Sonn-)Tage, wenn eine entsprechende Verknappung dies erfordert (mit Ausnahmen für systemrelevante Funktionen und Härtefälle). Jede Einsparung senkt die Nachfrage und entlastet damit auch die Märkte.

In meiner Rede vom 17. März vor dem Bundestag zum Tagesordnungspunkt des Antrags der CDU/CSU-Fraktion „Für eine sichere, bezahlbare und souveräne Energieversorgung“ betonte ich dies:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist aufs Schärfste zu verurteilen. Das möchte ich hier noch mal ganz klar betonen. Ich danke auch Präsident Selenskyj für seine heute an uns gerichteten Worte. Es gibt keine Mauer. Es gibt Solidarität und Hilfe. Es gibt das gemeinsame Ziel des Friedens, auch wenn der Weg dahin noch gefunden

werden muss und nicht in allen Fragen der Umsetzbarkeit für ebendiesen Frieden Übereinstimmung gegeben ist. Ich begrüße ausdrücklich, dass die Bundesregierung trotz dieser völkerrechtlich eindeutigen Lage alles versucht, um auch auf dem diplomatischen Weg weiterhin darauf hinzuwirken, dass der Krieg schnellstmöglich beendet wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Der Krieg hat auch eine energiepolitische Dimension. Wenn unser Land zu 55 Prozent abhängig von Gasimporten aus Russland ist und wenn von Russland nun in Europa Krieg ausgeht, verdeutlicht dies in drastischster Weise, welche Gefahr Importabhängigkeiten darstellen.

(Stephan Brandner [AfD]: Das merken Sie heute? - Gegenruf der Abg. Dr. Julia Verlinden [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wusste die Nina schon die ganze Zeit!)

Dies gilt erst recht, wenn es um Energierohstoffe und damit letztlich um Fragen der Daseinsvorsorge geht.

(Stephan Brandner [AfD]: 15 Jahre!)

Ein Embargo kommt gleichwohl angesichts der hiermit verbundenen Folgewirkungen nicht in Betracht. Umso mehr muss die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen - übrigens auch ohne einen Krieg - durch den beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien beendet werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Zuruf von der AfD: Wir machen uns dafür abhängig von Wind und Sonne!)

Bis dies erreicht ist, müssen die Bezugsquellen für Importe aufgeteilt bzw. diversifiziert werden. An beidem wird unter Hochdruck gearbeitet.

Wichtig ist, dass die nun zu ergreifenden Maßnahmen zugleich dem beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien dienen; denn auch LNG-Terminals können nur dann diesem Weg dienen, wenn sie zugleich Wasserstoffanlandung ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles andere wäre sowohl im Kampf gegen den Klimawandel als auch zur Loslösung von endlichen, fossilen Ressourcen nicht verantwortbar.

In diesem Sinne, wie auch aus weiteren Gründen, sind die mit dem vorliegenden Antrag von CDU/CSU offenkundig verfolgten Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke klar abzulehnen.

Atomenergie ist schwer regelbar, risikobehaftet, die teuerste Form der Energiegewinnung, und sie erschwert mit ihrer Unflexibilität einen weiteren Aufwuchs erneuerbarer Energien.

(Zuruf von der AfD: Ja, darum geht es!)

Herr Spahn, Sie haben es ja angesprochen, was Sie hier programmatisch verfolgen. Sie arbeiten sich an unserem Koalitionsvertrag ab - so wird ein Schuh daraus, und nicht umgekehrt!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die von Ihnen vorgeschlagene Absenkung der EEG-Umlage - Sie haben gerade gesagt, dass Sie das Mitte Februar erwähnt hätten - haben wir schon längst im Januar auf den Weg gebracht. Also, so wird ein Schuh daraus und nicht andersrum.

(Beifall bei der SPD)

Die Aussagen Ihres Antrags zur beschleunigten Energiewende sind zudem höchst widersprüchlich, wenn Sie offenkundig ein Problem mit Windenergie an Land haben. Herr Spahn, Sie haben übrigens in Ihrer Rede kein einziges Mal den Begriff „erneuerbare Energien“ in den Mund genommen. Das finde ich sehr bezeichnend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Dr. Julia Verlinden [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau! - Stephan Brandner [AfD]: Warum auch? - Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Was ist denn Ihre Aussage zu dem Turbo wert, den Sie bei den erneuerbaren Energien zünden wollen, wenn Sie vorher noch die - Zitat - „notwendige“ Akzeptanzfrage geklärt haben wollen, zumal unter der - Zitat - „Einbeziehung der Belange der Anwohner“. Das ist auch wieder so ein Schlagwort. Was heißt denn das bitte schön? Hunderttausende Anwohnerinnen und Anwohner leiden unter Atemwegserkrankungen, unter Stickoxiden und anderen Schadstoffen, die im Zusammenhang mit der Verbrennung fossiler Ressourcen stehen. Sie machen hier wieder ein Kampffeld auf.

Windenergie ist keine Bedrohung, sondern die tragende Säule der Energiewende. Erneuerbare Energien bringen Freiheit, führen weg von Abhängigkeit. Lassen Sie endlich die 10-H-Abstandsregelung in Bayern fallen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen die Perspektive auf die heimische Wertschöpfung. Wir brauchen Importunabhängigkeit und Möglichkeiten der Begrenzung des Klimawandels. Wir brauchen keine Verhinderungsgesetze! Machen Sie bitte Ihre Hausaufgaben. Wenn es „Souveränität“ in Bezug auf Energie in Ihren Antrag schafft, dann lösen Sie doch bitte endlich diese eklatanten Widersprüche auf.

Es geht bei allem aber auch um Energiesicherheit. Wenn etwa Nordex seine Rotorblattproduktion in Rostock schließt, um sie ins Ausland zu verlegen, ist dies längst keine reine Unternehmensentscheidung mehr. Nein, es geht hier um den Verlust von zukunftsweisenden Arbeitsplätzen und um Energiesicherheit. Im Zweifel hat in solchen Fragen meines Erachtens der Staat auch eine Garantenstellung. Gleiches gilt etwa zur Sicherung von Gasspeichern und auch von deren Füllständen. Heute Abend wird das im Bundestag noch debattiert, übrigens unter Einbeziehung unseres Bundesministers,

(Beifall der Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

falls diese Einwürfe noch mal kommen sollten. Mit einer Reihe bereits auf den Weg gebrachter Maßnahmen werden mit der Ampelkoalition umfassend Energiewendehemmnisse beseitigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die seit dem letzten Jahr stark marktgetriebene Verteuerung der fossilen Energien - es ist übrigens eine reine fossile Energiekrise -

(Zuruf von der AfD: Quatsch!)

hat bereits vor dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine zu sozialen Härten geführt. Daher wurden richtigerweise schnell Entlastungen beschlossen, so mit dem inzwischen auf nunmehr 270 Euro sogar verdoppelten Heizkostenzuschuss, aber auch mit der zur Jahresmitte bevorstehenden Absenkung der EEG-Umlage auf null, die heute in den Bundestag eingebracht wird. Über weitere Entlastungen wird verhandelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hierbei ist festzuhalten: Die Preissteigerungen basieren heute nicht auf tatsächlicher Verknappung, sondern auf Erwartungen. Es ist somit auch unsere Aufgabe, Spekulationen einen wirksamen Riegel vorzuschieben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Notwendigkeit des beschleunigten Umstiegs auf erneuerbare Energien sollte als Erkenntnis wie Chance begriffen werden, völkerverständigend die weltweite Abhängigkeit einer wachsenden Bevölkerung von immer weniger werdenden fossilen Ressourcen zu überwinden, im Sinne von Freiheit und Frieden. Ihr Antrag hängt in allen sinnvollen Punkten dem Handeln der Regierungskoalition hinterher

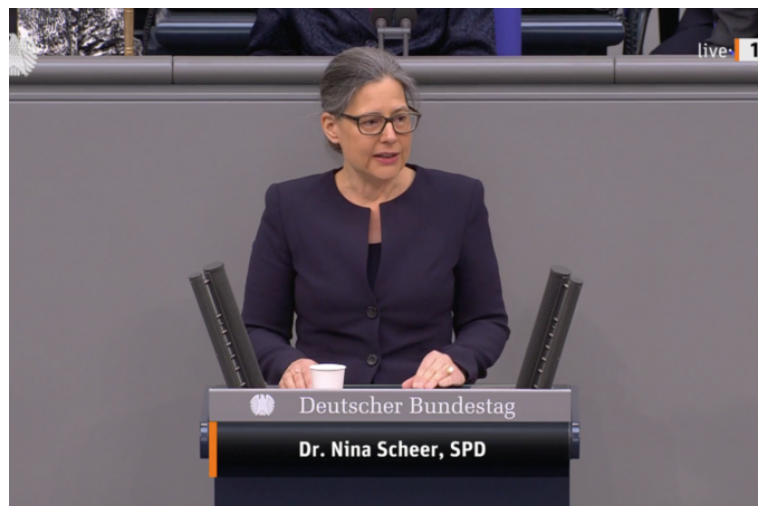
(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

und wird von uns auch aus diesem Grund im Wege der Sofortabstimmung abgelehnt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Zu meiner Rede auf meiner Homepage: <https://bit.ly/3ttDXXk>



Angesichts der hohen Energiepreise brachte der Bundestag und die Regierungs-Koalition bereits in den vergangenen Wochen Entlastungsmaßnahmen auf den Weg, wie ich in meinem Wochenspiegel für die Woche vom 11. bis 20. Februar berichtete (<https://bit.ly/3MlxdMR>).

Nun wurden weitere Maßnahmen ergriffen. So hat der Bundestag am 17. März in Erster Lesung ein Gesetzesentwurf der Regierungsfaktionen beraten, der vorsieht, die Kostenbelastungen durch die EEG-Umlage ab dem 1. Juli 2022 von aktuell 3,7 Cent auf null abzusenken und diese an die Letztverbraucher weiterzugeben. Dies bringt für Haushalte eine erneute Entlastung von ca. 200 Euro im Jahr (Zu dem Gesetzesentwurf zur Abschaffung der EEG-Umlage: <https://bit.ly/3qh3scl>).

Vergangene Woche einigten sich zudem die Koalitionsfraktionen darauf, den zur Entlastung

geplanten Heizkostenzuschuss noch zu verdoppeln. Für einen Ein-Personen-Haushalt im Wohngeldbezug bedeutet das statt 135 € nun 270 €.

Im Überblick:

- 270 € für 1-Personen-Haushalt
- 350 € für 2-Personen-Haushalt
- 70 € Zuschlag für jede weitere Person im Haushalt
- 230 € für viele Auszubildende

Von der Entlastung werden über 2 Millionen Menschen profitieren. Der Zuschuss wird von Amts wegen ausgezahlt, eine Beantragung ist nicht erforderlich. Auch Studierende, die BAföG erhalten, können vom Zuschuss profitieren.

Am Donnerstagmorgen, den 24. März, hat sich der Koalitionsausschuss auf weitere Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger aufgrund der hohen Energiepreise geeinigt. Vorgesehen sind u.a.:

- 300 € Energiepreispauschale für einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätigen, die der Einkommenssteuer unterliegt. Selbständige erhalten einen Vorschuss über eine einmalige Senkung ihrer Einkommensteuer-Vorauszahlung,
- ein Einmalbonus für jedes Kind in Höhe von 100 Euro
- 100 Euro für Empfänger:innen von Sozialleistungen zusätzlich zu der bereits beschlossenen Einmalzahlung von 100 Euro
- eine 90 Tage ÖPNV-Flatrate für 9 Euro pro Monat für alle Bürgerinnen und Bürger und
- die Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für 3 Monate auf das europäische Mindestmaß.

GESETZ ZUR SICHERUNG VON GASSPEICHERFÜLLSTÄNDEN

Ebenso verabschiedete der Bundestag am Freitag, 25. März, die Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes, mit der Mindestfüllstände für Gasspeicheranlagen in Deutschland vorgegeben werden. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist dies ein wichtiger Schritt, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Die gesetzlichen Regelungen wurden mit Änderungen am Baugesetzbuch verknüpft, um hier Erleichterungen für die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete zu regeln. Der Sachzusammenhang war hier aufgrund des Krieges und dessen Auswirkungen gegeben.

Im Winter 2021/2022 war zu sehen, welche Auswirkungen es haben kann, wenn die Füllstände der Gasspeicher allein dem Markt überlassen werden. Die Speicher waren zu Beginn nur

unzureichend gefüllt. Es ist Teil der Daseinsvorsorge, für ausreichend gefüllte Speicher zu sorgen. Angesichts eines liberalisierten Marktes wurde hierfür eine gesetzliche Regelung notwendig, die wir als Regierungskoalition in Form zu erfüllender Mindestfüllstände mit Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz beschlossen haben.

Die gesetzliche Regelung sieht vor, dass Versorgungssicherheit durch Vorgabe und Einhaltung von Mindestfüllständen geleistet wird. Bisher war dies Angelegenheit der Marktteilnehmer, da der Gasmarkt liberalisiert ist. Die Gesetzesänderungen, die von Seiten der Ampel-Koalition in der vergangenen Sitzungswoche erst eingebracht wurden und am 25. März, mithin in der Folgeweche bzw. 8 Tage später bereits verabschiedet wurden, enthalten nun eine Kombination von Füllstandsvorgaben und einem Bereitsstellungsmechanismus für ungenutzte Kapazitäten sowie die Ausschreibung von strategischen Optionen, den sogenannten Strategic Storage Based Options, SSBOs, zur Marktberichten Befüllung von Speicherkapazitäten. Die gesetzlichen Füllstandsvorgaben sehen folgende Füllstände vor:

- am 1. Oktober: 80 Prozent
- am 1. November: 90 Prozent
- am 1. Februar: 40 Prozent

Damit die Füllstandsvorgaben auch eingehalten werden, wurde ein dreistufiges Modell geschaffen:

In Stufe 1 ist für das Befüllen der Speicher ein marktgerichtetes Agieren vorgesehen, begleitet von regulären Ausschreibungen von SSBOs durch den Marktgebietsverantwortlichen, MGV. Auf der zweiten Stufen kann der MGV Sonderausschreibungen von SSBOs vornehmen, um Lücken zu schließen, wenn sich Differenzen zwischen Füllstandsvorgabe und tatsächlichem Füllstand abzeichnen.

Stufe 3 greift, wenn die vorangegangenen Stufen nicht ausgereicht haben. Dann erwirkt der MGV selbst Gas.

Im Parlamentarischen Verfahren, das quasi übers Wochenende geführt wurde und auch ein koalitionsseitiges Experten-Fachgespräch umfasste, wurden in Reaktion auf einen zeitgleich von EU-Seite veröffentlichtem Verordnungsentwurf reagiert und die Füllstandsvorgabe von 90 Prozent zum 1. November (von zuvor 1. Dezember) angepasst. Zudem wurde eine Bewertung des Gesetzes durch die Bundesregierung für Dezember 2022 und Evaluation mit Berichtspflicht im April 2023 festgeschrieben. Im Ausschussbericht verankerte ich für die Ampelkoalition zudem Aussagen zur Weiterentwicklung des Gesetzes und weitere Optionen zur Sicherung von Gasspeicherfüllständen in staatlicher Verantwortung.

Zu meiner Pressemitteilung, die ich gemeinsam mit Bengt Bergt, Berichterstatter des Gasspeichergesetzes und Kollege aus dem Nachbarwahlkreis herausgab: <https://bit.ly/3tDBpWP>

Hierzu auch meine Rede zu Gasspeichern zu Protokoll: <https://bit.ly/3iCxfC>

HAUSHALT

In dieser Woche war „Haushaltswoche“ im Deutschen Bundestag. Das Haushaltsjahr 2022 wurde in 1. Lesung beraten. Die Aufstellung des Haushalts findet in einer Zeit außergewöhnlicher Herausforderungen statt: der Krieg in der Ukraine, die fortdauernde Pandemie und die gestiegenen Energiekosten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für Deutschland sind noch nicht im Einzelnen abzusehen. Dieser Unsicherheit wirkt ein Ergänzungshaushalt zum Bundeshaushalt 2022 entgegen. Dieser soll Mittel bereitstellen, die nötig sind, um die Auswirkungen des Ukraine-Krieges abzumildern, steigende Energiekosten abzufedern und die humanitären Hilfen für die Ukraine auszubauen. Mit dem Bundeshaushalt 2022 wird in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung, Forschung und Infrastruktur investiert, um die sozial-ökologische Transformation in Deutschland voranzutreiben. In 2022 stehen fast 51 Milliarden Euro für Investitionen bereit - zehn Milliarden Euro mehr im Vergleich zum Vorkrisenniveau 2019.

Als energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion äußerte ich mich zusammen mit Frank Junge, Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss für Wirtschaft und Klimaschutz, zum Etat 2022 für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

"Der deutschen Wirtschaft steht ein großer Umbruch bevor. Im nächsten Jahrzehnt müssen wir die Weichen für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft stellen. Dies gelingt durch Investitionen in Klimaschutz, E-Mobilität und Erneuerbare Energien. Hierbei stehen Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und soziale Verträglichkeit, vor allem nach den Jahren der Corona-Krise, im Fokus. Damit sorgen wir für Sicherheit im Wandel.

Mit dem Haushaltsentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz für das Jahr 2022, der knapp elf Milliarden Euro umfasst, unterstützen wir die Transformationsprozesse in der deutschen Wirtschaft und stellen die Weichen für ein nachhaltiges Wachstum nach der Corona-Pandemie. Wir stärken den innovativen Mittelstand mit Hilfe von Fördermaßnahmen, um mehr Wachstum, Innovation und Beschäftigung zu schaffen. Wir haben dabei die Bereiche Neue Mobilität, Digitale Agenda und Innovationsförderung genauso im Blick, wie die Unterstützung bei Unternehmensgründungen, den Bereich Luft- und Raumfahrt, sowie die maritime Wirtschaft. Insbesondere bei der Weiterentwicklung der Wasserstoffstrategie sehen wir große Potenziale. Durch eine Erhöhung der GRW-Mittel, die insbesondere strukturschwachen Regionen zugutekommen, fördern wir

verstärkt gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet“, so Frank Junge.

Nina Scheer: „Auf das bisher bereits beschlossenen 15 Milliarden Euro schweren Entlastungspaket werden jetzt weitere Maßnahmen folgen. Durch den Bundeszuschuss von knapp sechs Milliarden Euro in den Energie- und Klimafonds wird eine solide Grundlage zum Umbau zu einem Klima- und Transformationsfonds gelegt. Mit den von 2022 bis 2026 in der Finanzplanung vorgesehenen 203 Milliarden Euro werden Klimaschutzinvestitionen planbar finanziert. Gerade vor dem Hintergrund der Energiepreiskrise auf den fossilen Energiemärkten müssen die Anstrengungen zum beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien nun noch verstärkt werden.“

Zur gemeinsamen Pressemitteilung mit Frank Junge: <https://bit.ly/3tDQIyM>

In meiner Rede vom 24. März zum Etat für Wirtschaft und Energie verwies ich daher auf die beschlossenen Entlastungen für private Haushalte und die zwingende Notwendigkeit des Ausbaus Erneuerbarer Energien. Die aktuell steigenden Energiepreise zeigen, wie schnell aus Abhängigkeit von fossilen Energien Handlungszwänge werden können. Insofern ist auch die Energiepreiskrise, die eine Preiskrise der fossilen Energie ist, ein Barometer für die Verwundbarkeit von Volkswirtschaften. Diese fortbestehende Abhängigkeit von fossilen Ressourcen muss auch vor dem Hintergrund des Angriffskrieges von Russland auf die Ukraine als Zeitraffer betrachtet werden. Dieser Zeitraffer eröffnet uns Schaltstellen, um jetzt akut und drastisch zu handeln.

Zur Energiesicherheit gehört auch, fiskalpolitisch schnell weiter voranzukommen. Aber auch regulativ müssen wir vorankommen. Deswegen ist es so wichtig, dass zu Ostern jetzt schnell ein großes Paket mit weiter gehenden Maßnahmen kommt, dass wir die Hemmnisse beseitigen, dass Planungssicherheit geschaffen wird, dass der Ausbau Erneuerbarer Energien schnell vorangeht. Die erneuerbaren Energien schicken uns keine Rechnung! Das sind - frei nach Franz Alt - die bezahlbaren Energien. Importabhängigkeiten bringen uns hingegen in Geiselhaft, und daraus müssen wir uns befreien.

Zu der vollständigen Rede auf meiner Homepage: <https://bit.ly/3uspESh>



SPD-LANDESWAHL-PROGRAMM SCHLESWIG-HOLSTEIN

Auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein nahm ich am 12. März teil. Einstimmig wurde dort das Programm zur Landtagswahl am 08. Mai verabschiedet. Darin steht unter anderem:

Klimaschutz

Schleswig-Holstein wird bereits ab 2040 klimaneutral; detaillierter Klimaplan zur Erreichung dieses Ziels; Ausbau Erneuerbarer Energien erhöhen und beschleunigen; mehr Investitionen in die Produktion von Wasserstoff; flächendeckendes Netz von E-Ladesäulen schaffen.

Bezahlbares Wohnen

Wiedereinführung der Mietpreisbremse; Bauen von Wohnungen; Senkung der Grunderwerbssteuer für Familien beim Erstkauf einer selbstgenutzten Wohnung oder eines Hauses.

Gute Bildung

Ganztagsbetreuung ausbauen; Kommunen anbieten, die digitale Ausstattung der Schulen durch das Land zu übernehmen; alle Schülerinnen und Schüler erhalten ab der 8. Klasse Laptop oder Tablet vom Land.

Starke Familien

Stufenweise Abschaffung der Kita- und Krippengebühren; im ersten Schritt für die 5-Stunden-Betreuung - eine Familie mit zwei Kindern spart dadurch rund 2.500 Euro pro Jahr.

Gute Arbeit

Wiedereinführung des Tariftreue- und Vergabegesetzes ein. Das sorgt dafür, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen gehen, die ordentliche Löhne zahlen.

Zum gesamten Wahlprogramm der SPD Schleswig-Holstein zur Landtagswahl am 8. Mai, auch in Kurzfassung: <https://bit.ly/3tHeYQt>



STERBEHILFE

Eine fraktionsübergreifende Parlamentariergruppe hatte auf Initiative von Renate Künast und Katja Keul (beide Bündnis 90/Die Grünen) einen Gesetzentwurf zur Sterbebegleitung ausgearbeitet, dem ich mich als Unterzeichnerin angeschlossen habe. Über den Antrag und mögliche Änderungspunkte wird nun beraten. Voraussichtlich im April wird die Gruppe den Entwurf finalisieren.

Zum Hintergrund: Das Bundesverfassungsgericht hatte 2020 richtigerweise das 2015 beschlossene Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung für nichtig erklärt und eine Neuregelung gefordert. Die geschäftsmäßige Sterbehilfe war bereits gegeben, wenn das Handeln auf Wiederholung angelegt war. Dies führte zu einer Kriminalisierung von Ärztinnen und Ärzten, die auch Sterbehilfe leisteten. Mit dem Urteil korrigierte das Bundesverfassungsgericht einen rechtlichen Zustand, der für viele Menschen Leid und Verzweiflung bedeutete. 2015 hatte ich mich gegen die damals beschlossene und später durch das Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärte Regelung ausgesprochen und mich stattdessen dem Gesetzentwurf von Carola Reimann und Karl Lauterbach angeschlossen, der eine Möglichkeit der Sterbehilfe vorsah, allerdings im Bundestag damals keine Mehrheit fand.

Zu meinem Eckpunktepapier zur Neuregelung der Sterbehilfe aus Mai 2021: <https://bit.ly/3Df3y9N>

Zur Pressemitteilung anlässlich des BVerfG-Urteils vom 26. Februar 2020: <https://bit.ly/35Bhdfe>

Zur Pressemitteilung anlässlich der Abstimmung im Bundestag vom 06. November 2015: <https://bit.ly/3hSNDEg>

Zu der Pressemitteilung anlässlich einer von mir initiierten Veranstaltung im Schloss Reinbek zur Sterbehilfe vom 16. Februar 2015: <https://bit.ly/3tlibhq>

INTERNATIONALER FRAUENTAG & EQUAL-PAY-DAY

Unter dem internationalen Motto #BreaktheBias (Die Vorurteile brechen) stand der diesjährige Weltfrauentag am 8. März. Das Motto sollte vor allem auf stereotype Rollenbilder und Klischees gegenüber Frauen in den sozialen Medien aufmerksam machen. Die Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, dass vor allem Frauen die Kinderbetreuung zu Hause übernehmen. Umso mehr gilt es auch künftig dafür zu sorgen, dass Gleichstellung gelebte Realität auch hierzulande wird.

Bereits am 7. März, einen Tag vor dem internationalen Frauentag, war der Equal-Pay-Day. Dieser Tag markiert, wie viel länger Frauen bei gleicher Arbeit für den Lohn eines männlichen Kollegen arbeiten müssen: Dieses Jahr bis zum 7. März, während der Kollege die gleiche Entlohnung bereits bis zum Vorjahresende erhielt. Noch heute verdienen Frauen im Durchschnitt weniger bei gleicher Arbeit. Es bleibt eine Aufgabe für Männer gleichsam wie für Frauen, dies zu ändern. Damit gleicher Lohn für gleiche Arbeit Realität wird, braucht es vor allem das Recht auf Entgelttransparenz. Das Entgelttransparenzgesetz wird um die sogenannte Prozessstandschaft erweitert werden. So müssten Beschäftigte ihr Recht nicht mehr selbst geltend machen, sondern könnten sich dafür auch an Verbände wenden. Die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Aufwertung sozialer Berufe tragen ebenfalls zur Schließung der geschlechtsspezifischen Lohnlücke bei.

Zum Equal-Pay-Day sowie dem Internationalen Frauentag erklärte ich: „Noch ist die Gleichstellung von Frauen und Männern keine Selbstverständlichkeit. Das hat auch die Corona-Pandemie gezeigt. So beispielsweise in sozialen Berufen, welche von enormer gesellschaftlicher Bedeutung sind und überwiegend Frauen von Frauen ausgeübt werden.“



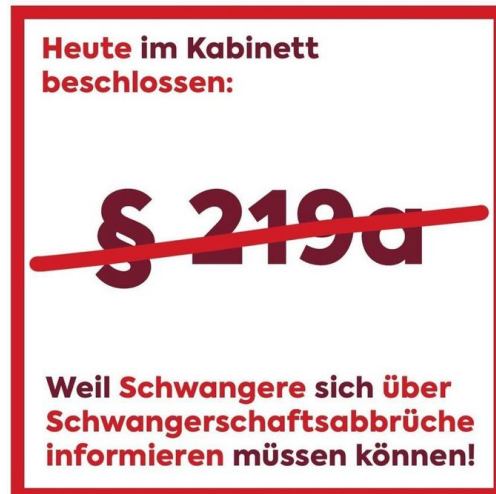
§ 219a StGB

Das Kabinett beschloss wie im Koalitionsvertrag vereinbart die Streichung von § 219a StGB. Das sogenannte Werbeverbot für Abtreibungen bewirkt auch das Verbot von Aufklärungsarbeit auf Homepages von Krankenhäusern und Arztpraxen, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Dieser Zustand führt zu einer Kriminalisierung von Abtreibungen und einer schleichenden Stigmatisierung der ärztlichen Ausrichtung, was zur Sicherung der

fachärztlichen Qualität ein unhaltbarer Zustand ist. Insofern sah und sehe ich in der Abschaffung von § 219a StGB einen wichtigen Schritt für mehr Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte, aber auch im Kampf gegen eine antiaufklärerische gesellschaftliche Grundhaltung.

Zu meiner Presseerklärung vom 05. August 2019: <https://bit.ly/3MRIB9q>

Zu meiner persönlichen Erklärung vom 21. Februar 2019: <https://bit.ly/3tWr9rC>



IM GEDENKEN AN DEN 11. JAHRESTAG DER FUKUSHIMA-KATASTROPHE: DER ATOMAUSTIEG BLEIBT UNUMGÄNGLICH

Am 11. März 2011 kamen infolge der Dreifachkatastrophe aus Erdbeben, Tsunami und Kernschmelze im AKW Fukushima Daiichi 20.000 Menschen ums Leben. Fast eine halbe Million Menschen wurde aus ihren Häusern vertrieben, rund 150.000 von ihnen konnten bislang nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Anlässlich des 11. Jahrestages erklärte ich als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion: „Dieser Tag lässt innehalten, im Gedenken an die zahlreichen Opfer, die die Naturkatastrophe und das Reaktorunglück gefordert haben. Bis heute sind die Auswirkungen zu spüren. Das verdeutlicht wieder Mal, dass der konsequente Atomausstieg die einzig sinnvolle Schlussfolgerung ist. Der einzige Weg, nachhaltig unseren Energiebedarf zu decken und gleichzeitig unabhängig von Zulieferungen endlicher fossiler Ressourcen zu sein, ist der konsequente und beschleunigte Umstieg auf Erneuerbare Energien.“

Zur Pressemitteilung: <https://bit.ly/3CNg3tf>

Zur Pressemitteilung vom 4. März zum Thema AKW-Laufzeitverlängerungen: <https://bit.ly/3wJYIAb>

IMPFPF LICHT

Der Bundestag diskutierte am 17. März insgesamt fünf vorliegende Gesetzesentwürfe und Anträge zur Impfpflicht. Die Bundesregierung hatte sich dazu entschlossen, keinen eigenen Entwurf einzubringen. Stattdessen liegen verschiedene Anträge aus Parlamentariergruppen vor. Den fraktionsübergreifenden Gesetzesentwurf der Abgeordneten um Heike Baehrens (SPD) für eine Impfpflicht ab 18 Jahren habe ich mitunterzeichnet. Zur Prävention gegen Sars-Cov-2 stehen gut verträgliche, sichere und hochwirksame Impfstoffe zur Verfügung. Studien zeigen, dass Impfungen nicht nur die geimpfte Person wirksam vor einer Erkrankung und vor schweren Krankheitsverläufen schützen, sondern auch dazu führen, dass geimpfte Personen weniger zur Ausbreitung des Erregers beitragen und damit helfen, Menschenleben zu schützen und auch schwere Erkrankungen wie Langzeitfolgen zu vermeiden. Zudem werden auf diesem Weg Krankenhäuser, Krankenhauspersonal entlastet und Vorsorge getroffen, dass medizinische Hilfe an anderer Stelle nicht versagt werden muss. Der Entwurf sieht vor, in einem ersten Schritt die Impfkampagne zu erweitern, alle Erwachsenen persönlich zu kontaktieren und von den Krankenversicherungen über Beratungs- und Impfmöglichkeiten informieren zu lassen. Darauf aufbauend soll eine allgemeine Impfpflicht für Personen über 18 Jahren eingeführt werden. Demnach sollen alle Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet und ihren gewöhnlichen Aufenthalt seit mindestens sechs Monaten in Deutschland haben, dazu verpflichtet werden, ab dem 1. Oktober 2022 über einen Impf- oder Genesenennachweis zu verfügen.

Der Nachweis soll auf Anforderung vorzulegen sein. Ausgenommen sind Personen unter 18 Jahren oder solche, die permanent oder vorübergehend nicht immunisiert werden können sowie Schwangere in den ersten drei Monaten. Die Regelung soll vierteljährlich evaluiert und bis Jahresende 2023 befristet werden.

Die drei fraktionsübergreifenden Initiativen - zwei Gesetzesentwürfe und ein Antrag - sowie zwei Anträge der Fraktionen von Union und AfD wurden alle nach kontroverser Debatte in den Gesundheitsausschuss überwiesen. Die Vorlagen reichten von einer Beratung aller Volljährigen und Impfung ab 50, bis hin zu einem Antrag, der sich gegen eine Allgemeine Impfpflicht ausspricht.

Zum interfraktionellen Gesetzesentwurf für eine Impfpflicht ab 18: <https://bit.ly/3qmBOLn>.

INFEKTIONSSCHUTZGESETZ

Der Bundestag beschloss am 18. März ein neues Infektionsschutzgesetz. Das bis her geltende war befristet und lief aus. Erforderlich wurde eine Anschlussregelung, um die innerhalb der Koalition gerungen wurde, da die FDP bereits erklärt hatte, den Freedom Day ausrufen zu wollen, was nicht der Ampel-Position entspricht. Die FDP war allerdings auch nicht für eine Verlängerung der Regelungen bereit.

Innerhalb der Koalition konnten wir uns insofern - jenseits einer Übergangsregelung - lediglich auf ein Mindestmaß an Basismaßnahmen zum Schutz vulnerabler Gruppen (z.B. in Pflegeeinrichtungen oder in Arztpraxen) verständigen. Darüber hinaus wurde sichergestellt, dass es den Ländern mit einer Hot-Spot-Regelung weiterhin möglich ist, einem Infektionsgeschehen gezielt zu begegnen. So kann ein Landtag bei Gefahr einer sich dynamisch ausbreitenden Infektionslage von dieser Regelung Gebrauch machen und strengere Maßnahmen wie weitergehende Maskenpflichten, ein Abstandsgebot von mindestens 1,5 Metern im öffentlichen Raum sowie 3G- und 2G-Zugangsbeschränkungen anordnen. Ohne diese für sich genommen unzureichende Regelung hätte es überhaupt keine Möglichkeit einschränkender Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie mehr gegeben.

MEDIENSPOTS (Auswahl)

Mit Investitionen für die Transformation schaffen wir Sicherheit im Wandel

SPD-Bundestagsfraktion, 24.03.2022 - <https://bit.ly/36osSym>

Diskussion um autofreie Sonntage: Zwei Allgäuer erinnern sich an leere Straßen während der Ölpreiskrise 1973

Allgäuer Zeitung (Abo), 24.03.2022 - <https://bit.ly/3D9eZ2l>

So finden unsere Leser die Idee autofreier Sonntage

Idowa, 21.03.2022 - <https://bit.ly/3uklWtZ>

Round Table „Lassen Sie uns gemeinsam Fahrt aufnehmen!“

Prokon (Interview), 18.03.2022 - <https://bit.ly/37Q56LX>

Bundestag lehnt massive Steuersenkungen bei Energie ab

energata-messenger(Abo), 17.03.2022 - <https://bit.ly/3tkGJhG>

DIE BESTE SPASSBREMSE EVER

Zeit, 15.03.2022 - <https://bit.ly/3KPYnzP>

Kommt der autofreie Sonntag wieder?

Rheinische Post, 15.03.2022 - <https://bit.ly/3MTMRFe>

Spritpreise: Autofreie Sonntage und Tempo 100? Debatte in Deutschland entfacht

Frankfurter Neue Presse, 14.03.2022 - <https://bit.ly/3CH1x5W>

Regierung kündigt Entlastung für Energiekunden an

Augsburger Allgemeine, 14.03.2022 - <https://bit.ly/3lbWdJc>

Kehren jetzt die autofreien Sonntage zurück?

Spiegel, 13.03.2022 - <https://bit.ly/3leYzH7>

STEIGENDE SPRITPREISE: WAS BRINGEN AUTOFREIE SONNTAGE UND TEMPOLIMITS?

trendyone, 13.03.2022 - <https://bit.ly/3i6uY8j>

Energiesparen gegen Putin

Zeit (Abo), 13.03.2022 - <https://bit.ly/36mwMXO>

Abwarten und Fahrrad fahren

Zeit (Abo), 11.03.2022 - <https://bit.ly/3KHSeWj>

Spritpreise: Autofreie Sonntage und Tempo 100? Debatte in Deutschland entfacht

Frankfurter Neue Presse, 11.03.2022 - <https://bit.ly/3Kx9duk>

Scheer: Der Atomausstieg bleibt unumgänglich

LOZ, 10.03.2022 - <https://bit.ly/37rigPr>

Ministerin schlägt autofreie Sonntage vor

t-online, 10.03.2022 - <https://bit.ly/37ghyEl>

SPD-Bundestagsabgeordnete besichtigen BGZ-Standort

LOZ, 10.03.2022 - <https://bit.ly/3J6tKpf>

Kraftstoffkosten steigen immens: Brauchen wir eine Spritpreis-Bremse?

Autobild, 10.03.2022 - <https://bit.ly/3CwfW53>

Frieren für den Frieden - hilft das?

T-Online, 10.03.2022 - <https://bit.ly/3l0QEgr>

Netzregulierung: "Es gilt nun Spielräume auszuloten"

ZFK (Abo), 10.03.2022 - <https://bit.ly/3vVz4lg>

Greenpeace fordert Tempolimit für den Frieden

Spiegel, 09.03.2022 - <https://bit.ly/35Rv9lq>

Verbraucherschützer plädieren für autofreie Sonntage - Politik ringt um Entlastung für Bürger beim Spritpreis

Handelsblatt (Abo), 09.03.2022 - <https://bit.ly/3vUrOfH>

Schock an der Tankstelle

Rheinpfalz (Abo), 09.02.2022 - <https://bit.ly/3pTUcLk>

HOHE SPRITPREISE BEFEUERN DEBATTE UM MEHR UNABHÄNGIGKEIT VON RUSSLAND

trendyone, 09.02.2022 - <https://bit.ly/3vUZnOI>

Autofreier Sonntag? Lateinamerika macht es vor

WELT, 09.02.2022 - <https://bit.ly/3hT6L55>

So viel Benzin würde ein Tempolimit einsparen

T-Online, 09.02.2022 - <https://bit.ly/34vsVY9>

Solidarität und Sorge: Kundgebung in Ratzeburg für Frieden in der Ukraine

Herzogtum direkt, 08.03.2022 - <https://bit.ly/3HWnm2A>

SPD-Energiepolitikerin schlägt autofreie Sonntage vor

Report-K, 08.03.2022 - <https://bit.ly/3hUJM9J>

Scheer: Atomkraft keine Alternative zum Gas

mdr (Podcast), 08.03.2022 - <https://bit.ly/3qpqbn0>

SPD-Politikerin Scheer regt in Energiedebatte autofreie Sonntage an

onvista, 08.03.2022 - <https://bit.ly/3tKaEib>

Debatte: Helfen autofreie Sonntage beim Energiesparen?

turi2, 08.03.2022 - <https://bit.ly/3HYtQhu>

SPD-Energiepolitikerin schlägt autofreie Sonntage vor

nachrichten-heute, 08.03.2022 - <https://bit.ly/3vT89Np>

McDonald's schließt in Russland 850 Filialen ++ Ukraine bietet eine Million für Kampfjet
manager-magazin, 08.02.2022 - <https://bit.ly/3tFXwL4>

SPD-Politikerin Scheer regt in Energiedebatte autofreie Sonntage an
RND, 08.03.2022 - <https://bit.ly/3J2cSjB>

„Autofreie Sonntage könnten auch in der heutigen Zeit einen Beitrag leisten“
WELT, 08.03.2022 - <https://bit.ly/3hYJZJb>

Die autofreien Sonntage waren „Besinnungs-Tage“. Werden sie das wieder sein?
WELT, 08.03.2022 - <https://bit.ly/365VP1k>

ZU GAST ...

... bei **BÜRGERMEISTER JANHINNERK VOß IN GROSSHANSDORF** am 8. März. Gemeinsam besichtigten wir drei örtliche Institutionen, welche über die Region hinaus Bedeutung haben: Das **Thünen Institut für Forstgenetik**, welches **neue Laborgebäude mit Unterstützung des Bundes bauen wird**, und die **LungenClinic**, welche in den kommenden Jahren für rund 80 Millionen Euro komplett umgebaut und modernisiert wird. Ebenso besuchten wir die Ganztagsbetreuung in den **Grundschulen Großhansdorfs**. Diese organisieren bisher Elternvereine. Mit den Beteiligten sprach ich über die künftige Organisationsstruktur, auch vor dem Hintergrund des ab 2026 bestehenden Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung.





...online bei der **FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG** am 8. März, wo ich zum Kohleausstieg mit Dietmar Molthagen, Leiter des Julius-Leber-Forums, Karsten Smid von Greenpeace Deutschland, Team Klima & Energie diskutierte. Die Moderation übernahm Cosima Schmitt, Journalistin und ZEIT-Autorin.

...beim Austausch des **AUSSCHUSSES FÜR ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK (ENERGY & CLIMATE COMMITTEE) DER AMERICAN CHAMBER OF COMMERCE IN GERMANY E.V.** am 8. März für einen Impuls und Diskussion über energie- und klimapolitische Themen und Entwicklungen.

... beim **VEREIN FÜR POLITISCHE BILDUNG „PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS“** (ProMS Nord) am 9. März als Referentin einer Online-Diskussion mit dem Vorsitzenden von ProMS Nord Alf-Tomas Epstein zur Bewaffnung von Drohnen unter dem Titel „Mit militärischer Aufrüstung auf dem Weg zur neuen Weltordnung?“.

... beim Energiepolitischen Abend des **BDEW BUNDESVERBAND DER ENERGIE- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V.**, der Versorgungsunternehmen aus Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein am 15. März. Dort hielt ich ein Statement als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin zu dem Umbau der deutschen Energieversorgung, vor allem der Notwendigkeiten des beschleunigten Ausbaus der Erneuerbaren Energien.

... beim **VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN (VKU)** am 16. März tauschte ich mich zu den aktuellen energiepolitischen Aufgaben und Herausforderungen aus.

... bei der 38. Sitzung des **RATS DER AGORA UND EUROPEAN CLIMATE FOUNDATION** tauschte ich mich am 16. März online aus zu den Konsequenzen aus der neuen energiepolitischen Lage und der Studie „Klimaneutraler Strom 2035“.

BERICHTE

GREMIENSITZUNGEN

In dieser sogenannten „Haushaltswoche“ finden nur eingeschränkt Gremiensitzungen statt. Aufgrund des gleichwohl zu wegen der bestehenden Eilbedürftigkeit zu verabschiedenden Gasspeichergesetzes, tagte die Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie und auch der gleichnamige Ausschuss mit einer Sondersitzung zu Beschlussfassung der betreffenden Gesetzesänderungen. In der vorausgegangenen Sitzungswoche leitete ich, wie in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, die Sitzung der AG Klimaschutz und Energie, nahm an Sitzungen und einer Sondersitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie, der SPD-

Fraktionsvorstandssitzung, der Fraktionssitzung und als klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin Termine zur koalitionsinternen Abstimmung mit der Bundesregierung zu aktuellen Themen teil. Schwerpunktthemen waren die Gesetzesänderung zu Füllstandsvorgaben von Gasspeichern und Maßnahmen zum Umgang mit Energiepreisteigerungen.

Außerdem nahm ich die vorbereitenden Gespräche sowie die 143. Sitzung des Beirates der Bundesnetzagentur wahr.

KLIMASCHUTZ- UND ENERGIEPOLITISCHES FACHGESPRÄCH MIT GEWERKSCHAFTEN

Auf Einladung der AG Klimaschutz und Energie leitete ich am 10. März das erste Klima- und energiepolitische Fachgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften. Der Austausch umfasste Themen auf Grundlage des Koalitionsvertrages, aber auch aktuelle Themen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg sowie den Fachkräftemangel und beschleunigten Ausbaubedarf Erneuerbarer Energien.

BESICHTIGUNG ZWISCHENLAGER KRÜMMEL

Gemeinsam mit meinem Abgeordneten-Kollegen aus dem Wahlkreis Lüchow-Dannenberg-Lüneburg Jakob Blankenburg, Berichterstatter für Atompolitik der SPD-Bundestagsfraktion, besichtigte ich bei der Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH (BGZ) das Zwischenlager Krümmel.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der BGZ-Geschäftsführung Dr. Ewold Seeba und dem Leiter des Zwischenlagers Dr. Henning Knigge stand eine Besichtigung des Brennelemente-Zwischenlagers auf dem Programm.

Wir informierten uns über die bereits erfolgte Nachrüstung des Brennelemente-Zwischenlagers sowie über die weiteren Planungen für dessen Autarkie vom benachbarten Atomkraftwerk.

Die sichere und zuverlässige Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle bis zu deren Endlagerung ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des Atomausstiegs in Deutschland. Mit Blick auf die Entwicklung des Zwischenlager-Standortes über die geltenden Genehmigungszeiten hinaus, gilt es auch die kommunalen Interessen frühzeitig einzubinden.



+++ EINLADUNG "RUNDER TISCH ELBE-LÜBECK-KANAL" +++

Gemeinsam mit Tim Klüssendorf MdB, Wahlkreis Lübeck, und Mathias Stein MdB, Wahlkreis Kiel und Mitglied des Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, lade ich herzlich zu einem "Runden Tisch Elbe-Lübeck-Kanal" ein.

Die öffentliche Veranstaltung findet unter Einbeziehung von VertreterInnen aus Wirtschaftsvereinigungen und Umweltverbänden am Donnerstag, den 31. März von 19.00 bis 21.00 Uhr im Quellenhof Mölln (Hindenburgstraße 16, 23879 Mölln) statt.

In diesem Zusammenhang sei für den Hintergrund auf die Pressemitteilung vom 21. Februar 2022 verwiesen: "Elbe-Lübeck-Kanal: SPD-Bundestagsabgeordnete begrüßen Erhalt statt Ausbau" <https://bit.ly/3tGdOoE>

Anmeldungen werden per Rückantwort bis 30. März, 12.00 Uhr, an nina.scheer@bundestag.de erbeten.

Dr. Nina Scheer · Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de · www.nina-scheer.de

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · Tel.: 030 227 73537 · Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg · Manhagener Allee 14 · 22926 Ahrensburg

Wahlkreisbüro Geesthacht · Markt 17 · 21502 Geesthacht
